

**Schriften zum Steuerrecht**

---

**Band 190**

**Die grenzüberschreitende Auf- und  
Abspaltung von Kapitalgesellschaften  
innerhalb der Europäischen Union**

**Analyse von Spannungsfeldern im Lichte  
steuerlicher Implikationen unter Berücksichtigung  
unionsrechtlicher und ökonomischer Aspekte**

**Von**

**Katja Poley**



**Duncker & Humblot · Berlin**

KATJA POLEY

Die grenzüberschreitende Auf- und Abspaltung  
von Kapitalgesellschaften innerhalb der Europäischen Union

Schriften zum Steuerrecht

Band 190

# Die grenzüberschreitende Auf- und Abspaltung von Kapitalgesellschaften innerhalb der Europäischen Union

Analyse von Spannungsfeldern im Lichte  
steuerlicher Implikationen unter Berücksichtigung  
unionsrechtlicher und ökonomischer Aspekte

Von  
Katja Poley



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat diese Arbeit im Jahr 2022  
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0582-0235  
ISBN 978-3-428-18973-1 (Print)  
ISBN 978-3-428-58973-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Geleitwort

Umwandlungen als Vehikel unternehmerischer Adaption an sich verändernde Marktbedingungen sind mit Blick auf internationale Aspekte von prägender Bedeutung.

Nicht zuletzt die in der jüngsten Zeit zu verzeichnenden Spaltungsambitionen von Unternehmen und der durch die Umwandlungsrichtlinie angestoßene Regelungsrahmen für grenzüberschreitende Spaltungen unterstreichen die Relevanz von grenzüberschreitenden Auf- und Abspaltungen als Teil unternehmerischer Handlungsalternativen. Zwar berücksichtigt das Umwandlungssteuergesetz grenzüberschreitende Aspekte, jedoch trägt es den Problembereichen der grenzüberschreitenden Spaltung nicht in gebührendem Umfang Rechnung.

In der vorliegenden Dissertation identifiziert Frau Poley in einer umfassenden interdisziplinären Analyse relevante Defizite und Zweifelsfragen bei der steuerlichen Behandlung grenzüberschreitender Auf- und Abspaltung mit Blick auf die Vereinbarkeit mit (unions-)rechtlichen Bestimmungen und ökonomisch fundierten Anforderungen. Der Schwerpunkt wird auf die Besonderheiten der Spaltungseigenschaften sowie die grenzüberschreitenden Aspekte gelegt. Im Fokus stehen dabei die Einordnung des Teilbetriebsverständnisses und die weiteren Anforderungen des § 15 UmwStG, die Behandlung der beteiligten Akteure nach § 11–13 UmwStG, die Ent- und Verstrickungsbesteuerung sowie die einschränkenden Bestimmungen zur steuerlichen Rückwirkung nach § 2 UmwStG. Im Rahmen der vorliegenden Monographie werden die Regelungen einer äußerst präzisen und umfassenden steuerlichen Analyse unterzogen. Weiterhin bindet Frau Poley die gesellschaftsrechtliche Perspektive auch unter Beachtung der Auswirkungen durch die Umwandlungsrichtlinie sorgfältig ein.

Anhand des interdisziplinären Ansatzes gelingt es Frau Poley vorbildlich, die wirtschaftswissenschaftliche und die rechtliche Perspektive analytisch zu verbinden sowie wissenschaftlich stichhaltiges und zugleich praxisrelevantes Kritik- und Reformpotential abzuleiten. Der Schrift ist deshalb zu wünschen, dass sie in der künftigen wissenschaftlichen Diskussion eine breite Rezeption erfährt.

Halle, im Mai 2023

*Prof. Dr. Gerhard Kraft*



## Danksagung

Die vorliegende Dissertation wurde im November 2022 von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angenommen. Der zugrunde liegende Rechtsstand wurde um die Entwicklungen zum UmRUG bis März 2023 aktualisiert.

Auf diesem Weg möchte ich meiner Dankbarkeit gegenüber allen Personen Ausdruck verleihen, deren Unterstützung ich mir während der Promotionsphase gewiss sein konnte.

Mein ganz besonderer Dank gebührt meinem hochverehrten Doktorvater Herrn Prof. Dr. Gerhard Kraft, der mir die Möglichkeit zur Promotion an seinem Lehrstuhl ermöglichte, förderliche Freiheiten zur akademischen Entfaltung gewährte und dessen konstanter Diskussionsbereitschaft und Förderung ich mir stets sicher sein konnte. Ebenfalls sehr bedanken möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Ralf Michael Ebeling für die interessierte Übernahme des Zweitgutachtens sowie bei Frau Rektorin Prof. Dr. Claudia Becker, Frau Prof. Dr. Julia Müller-Seeger und Herrn Prof. Dr. Wolf-Heimo Grieben für ihr Mitwirken bei der Prüfungskommission.

Für die kollegiale und mir stets in bester Erinnerung bleibende hervorragende Zusammenarbeit am Lehrstuhl möchte ich mich bei meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen sehr bedanken. Herrn Dr. Sven Hentschel und Herrn Prof. Dr. Till Moser danke ich besonders für die unschätzbaren Bestärkungen und den wertvollen Austausch. Ebenfalls danke ich Frau Uta Preil, Frau Prof. Dr. Diana Beck und Frau Christin Haberkorn für die gemeinschaftliche und produktive Atmosphäre.

Dankbar für die interessanten Diskussionen bin ich zudem Herrn Dr. Marcel Herbot, Frau Dr. Yvonne Tobias-Miersch sowie Herrn Prof. Dr. Martin Dombrowski. Für die wegweisende fachliche Gesprächsbereitschaft in einer Zeit, bevor das Promotionsprojekt für mich überhaupt begann, möchte ich außerdem Herrn Dr. Dirk Nitzschke, Herrn Dr. Ronald Gebhardt, Herrn Dr. Carsten Quilitzsch, Herrn Prof. Dr. Markus Peter, Herrn Joerg Stefan Brodersen, und Herrn Prof. Dr. Jan Bron danken.

Mein herzlicher Dank gebührt meinen lieben Eltern Siglinde und Horst Poley sowie meiner Schwester Tanja, die mir stets vorbehaltlos und uneingeschränkt jeglichen Rückhalt boten, den man sich nur wünschen kann. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Villingen-Schwenningen, im Mai 2023

*Katja Poley*



## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Problemstellung, methodische Einordnung und Gang der Untersuchung</b> . . . . .	27
I. Problemstellung . . . . .	27
II. Methodische Einordnung . . . . .	30
III. Gang der Untersuchung . . . . .	31
<b>B. Ökonomische und rechtliche Fundierung zur Regelung grenzüberschreitender Spaltungsvorgänge</b> . . . . .	34
I. Methodische Vorüberlegungen . . . . .	34
II. Verfassungsrechtliche Fundierung . . . . .	35
1. Vorbemerkung . . . . .	35
2. Gesetzmäßigkeit der Besteuerung . . . . .	36
a) Einordnung . . . . .	36
b) Erfordernis der Normenklarheit und -bestimmtheit . . . . .	37
c) Rückwirkungsverbot . . . . .	39
3. Gleichheitssatz des Art. 3 GG und Gleichmäßigkeit der Besteuerung . . . . .	40
a) Einordnung . . . . .	40
b) Das Leistungsfähigkeitsprinzip . . . . .	41
aa) Vorbemerkung . . . . .	41
bb) Zur Leistungsfähigkeit im Kontext von Kapitalgesellschaften . . . . .	42
cc) Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips . . . . .	44
dd) Das Leistungsfähigkeitsprinzip im internationalen Kontext . . . . .	47
4. Unternehmerfreiheit . . . . .	51
III. Wirtschaftswissenschaftliche Fundierung . . . . .	53
1. Fundierung aus Perspektive der klassischen Ökonomie . . . . .	53
a) Vorbemerkung . . . . .	53
b) Equality of Taxation . . . . .	53
c) Certainty of Taxation . . . . .	54
d) Convenience of Payment . . . . .	54
e) Economy in Collection . . . . .	55
2. Neutralität der Besteuerung . . . . .	55
a) Konzeption von Allokationseffizienz und Entscheidungsneutralität . . . . .	55

b)	Einordnung des Postulats der Entscheidungsneutralität .....	57
c)	Rechtsform- und Umwandlungsneutralität .....	58
d)	Neutralität in der internationalen Besteuerung .....	61
aa)	Vorbemerkung .....	61
bb)	Bedeutung der Kapitalexporthneutralität .....	63
cc)	Bedeutung der Kapitalimportneutralität .....	65
dd)	Bedeutung der Kapitaleignerneutralität .....	66
ee)	Einordnung der internationalen Neutralitätspostulate .....	67
(1)	Einordnung der Kapitalexporth- und -importneutralität .....	67
(2)	Einordnung der Kapitalinhaberschaftsneutralität .....	69
IV.	Unionsrechtliche Fundierung für die grenzüberschreitende Spaltung .....	70
1.	Vorbemerkung .....	70
2.	Grundfreiheitliche Rahmenbedingungen .....	72
a)	Einordnung der Grundfreiheiten .....	72
b)	Durchsetzung des grundfreiheitlichen Schutzes .....	74
c)	Niederlassungsfreiheit .....	77
d)	Kapitalverkehrsfreiheit .....	79
e)	Verhältnis von Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit .....	81
3.	Sekundärrechtliche Rahmenbedingungen .....	84
a)	Einordnung .....	84
b)	Gesellschaftsrechtsrichtlinie und Umwandlungsrichtlinie .....	85
c)	Fusionsrichtlinie .....	87
V.	Bedeutung und Einordnung für den Forschungsgegenstand .....	90
1.	Bedeutung des Rechtsrahmens und der rechtlichen sowie ökonomischen Implikationen .....	90
2.	Anerkennung der Missbrauchsverhinderung .....	93
3.	Zweckmäßigkeitprinzipien und Verflechtungen der ökonomischen mit der rechtlichen Fundierung .....	94
<b>C.</b>	<b>Betriebswirtschaftliche und rechtliche Einordnung des Forschungsgegenstandes</b> .....	<b>99</b>
I.	Definitiorische Grundlagen .....	99
1.	Einordnung der (grenzüberschreitenden) Spaltung .....	99
a)	Vorbemerkung .....	99
b)	Oberbegriff Umstrukturierung .....	99
c)	Begriff der Umwandlung als Teilmenge .....	100
d)	Begriff der (grenzüberschreitenden) Spaltung .....	101
aa)	Spaltungsbegriff .....	101

bb) Spaltung im grenzüberschreitenden Kontext .....	102
cc) Cross-Border Division .....	102
2. Abgrenzung verwandter Begriffe .....	103
a) Vorbemerkung .....	103
b) Demerger .....	103
c) Spin-off, Split-up und Split-off .....	104
d) Teilung .....	105
e) Realteilung .....	105
f) Betriebsaufspaltung .....	106
II. Motive für (grenzüberschreitende) Spaltungen .....	107
1. Vorbemerkung .....	107
2. Ökonomische Motive .....	108
3. Trennung der Gesellschafterstämme und Gestaltung der Nachfolgeplanung ..	109
4. Juristische und steuerliche Motive .....	110
5. Würdigung der ökonomischen Bedeutung einer Spaltung anhand ihrer Motive	110
6. Besonderheiten der grenzüberschreitenden Spaltung .....	111
7. Ergebnis .....	112
III. Rechtliche Einordnung und Charakteristika der Spaltung im grenzüberschreiten-	
den Kontext .....	112
1. Vorbemerkung .....	112
2. Zivilrechtliche Einordnung – Regelungen des UmwG .....	113
a) Bisherige Entwicklung des UmwG und Hintergründe .....	113
aa) Ursprung .....	113
bb) Einführung von Spaltungsverfahren .....	114
b) Umwandlungsrechtliche Rahmenbedingungen zur Spaltung .....	116
aa) Spaltungsvorgänge gemäß § 123 UmwG .....	116
bb) Nationale Spaltungsverfahren des UmwG .....	119
cc) Einführung internationaler Aspekte im UmwG .....	122
3. Steuerrechtliche Einordnung – Regelungen des UmwStG .....	124
a) Bisherige Entwicklung des UmwStG und Hintergründe .....	124
aa) Ursprung .....	124
bb) Einführung der steuerneutralen Auf- und Abspaltung .....	125
cc) Die Auswirkungen des SEStEG und darauffolgende Entwicklungen	127
dd) Reaktionen des BMF .....	129
b) Telos, ökonomische Fundierung und systematische Konzeption des	
UmwStG .....	129

4. Zugrunde zu legende Charakteristika und Rahmenbedingungen der Spaltung im grenzüberschreitenden Kontext	136
a) Wesensmerkmale und Fallgruppen mit grenzüberschreitendem Bezug	136
aa) Vorbemerkung	136
bb) Zivilrechtliche Einordnung	136
cc) Rechtliche Rahmenbedingungen	137
dd) Steuerliche Konkretisierung zur Spaltung im grenzüberschreitenden Kontext	142
(1) Überblick und allgemeine Fallgestaltungen	142
(2) Systematisierung der Grundfälle der Spaltung im grenzüberschreitenden Kontext und Eingrenzung des Forschungsgegenstandes	145
(3) Abgrenzung der grenzüberschreitenden Spaltung als Forschungsgegenstand	146
b) Umweggestaltungen	148
c) Berührungspunkte mit Doppelbesteuerungsabkommen	149
<b>D. Untersuchung des Anwendungsbereichs des UmwStG und zivilrechtlicher Rahmenbedingungen</b>	<b>153</b>
I. Regelungsgehalt zum Anwendungsbereich des UmwStG	153
1. Konzeptioneller Überblick	153
2. Sachlicher Anwendungsbereich	154
3. Persönlicher Anwendungsbereich	155
a) Streichung des § 1 Abs. 2 UmwStG durch das KöMoG	155
b) Rechtslage bis einschließlich 31. 12. 2021	156
aa) Wirksam gegründete EU- bzw. EWR-Gesellschaft nach alter Rechtslage	156
bb) Sitz und Ort der Geschäftsleitung in der EU bzw. im EWR	157
4. Weitere Eingrenzung der Gesellschaftsformen auf Körperschaften	157
II. Identifizierung und Analyse zu untersuchender Spannungsfelder	158
1. Identifizierung der Spannungsfelder	158
a) Auf- und Abspaltung i. S. d. § 123 UmwG als sachliche Voraussetzung	158
aa) Vorbemerkung	158
bb) Maßgebliche EuGH-Urteile und Rechtslage vor Bestehen der Umwandlungsrichtlinie	159
(1) <i>Centros, Überseering, Inspire Art, Cartesio</i>	159
(2) <i>SEVIC</i> -Entscheidung	160
(3) <i>Vale</i> -Entscheidung	161
(4) <i>Polbud</i> -Entscheidung	162
b) Vergleichbare Vorgänge als alternative sachliche Voraussetzung	162

aa) Vorbemerkung .....	162
bb) Auffassung der Finanzverwaltung und Meinungsstand .....	163
cc) Vergleichbarkeit gemäß dem UmwStE .....	164
c) Einführung und nationale Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie .....	168
2. Analyse identifizierter Spannungsfelder zur Anwendung des § 1 UmwStG und Durchführung der grenzüberschreitenden Spaltung .....	169
a) Analyse der Auswirkungen des primären Unionsrechts vor Bestehen der Umwandlungsrichtlinie .....	169
aa) Implikationen der EuGH-Rechtsprechung .....	169
(1) Implikationen der Rechtsprechung bis einschließlich der <i>SEVIC</i> -Entscheidung .....	169
(2) Implikationen der <i>Vale</i> -Entscheidung .....	171
(3) Implikationen der <i>Polbud</i> -Entscheidung .....	172
bb) Die grenzüberschreitende Auf- und Abspaltung im Lichte der Grundfreiheiten .....	174
(1) Anwendungsbereich .....	174
(2) Grundfreiheitenliche Beeinträchtigung und Rechtfertigung .....	177
(3) Zwischenergebnis .....	178
b) Analyse der zivilrechtlichen Durchführbarkeit vor und nach Auswirkungen der Umwandlungsrichtlinie .....	180
aa) § 1 UmwG in Anbetracht unionsrechtlicher Maßgaben vor Auswirkung der Umwandlungsrichtlinie .....	180
bb) Neue Rahmenbedingungen durch die Umwandlungsrichtlinie .....	183
cc) Zwischenergebnis .....	184
c) Analyse der Auswirkung der Umwandlungsrichtlinie .....	184
aa) Anwendungsbereich der Umwandlungsrichtlinie .....	184
(1) Erfasste Kapitalgesellschaften und Spaltungsvorgänge .....	184
(2) Würdigung des Anwendungsbereichs .....	185
bb) Das grenzüberschreitende Spaltungsverfahren und seine Implikationen .....	188
(1) Das grenzüberschreitende Spaltungsverfahren in der finalen Fassung .....	188
(2) Würdigung der induzierten Rahmenbedingungen .....	191
(a) Vorbemerkung .....	191
(b) Spezifische Implikationen unter Berücksichtigung des Entwurfs und der finalen Umwandlungsrichtlinie .....	192
(c) Missbrauchsvorbehalt .....	196
(d) Implikationen der Interimszeit .....	201
cc) Zwischenergebnis .....	204
d) Die nationale Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie .....	205

aa) Überblick .....	205
bb) Zwischenergebnis .....	209
e) Analyse vergleichbarer ausländischer Vorgänge .....	209
aa) Würdigung vergleichbarer Vorgänge als Erfordernis im Lichte der bisherigen Rechtslage .....	209
bb) Würdigung vergleichbarer Vorgänge im Lichte der neuen Rechtslage	212
cc) Zwischenergebnis .....	213
<b>E. Untersuchung der steuerlichen Behandlung der grenzüberschreitenden Auf- und Abspaltung .....</b>	<b>214</b>
I. Untersuchung der steuerlichen Rahmenbedingungen nach § 15 UmwStG .....	214
1. Regelungsgehalt des § 15 UmwStG und konzeptioneller Überblick .....	214
2. Identifizierung und Analyse der steuerlichen Rahmenbedingung und besonderen Spannungsfelder des § 15 UmwStG zur grenzüberschreitenden Spaltung	216
a) Teilbetriebserfordernis des § 15 UmwStG .....	216
aa) Identifizierung der Spannungsfelder zum Teilbetriebsbegriff .....	216
(1) Das nationale Teilbetriebsverständnis im UmwStG .....	216
(2) Europäischer Teilbetriebsbegriff und seine Verwendung durch den UmwStE .....	219
(3) Konkretisierung der weiteren Untersuchung zum Teilbetriebserfordernis .....	221
bb) Analyse identifizierter Spannungsfelder zum Teilbetriebsbegriff .....	222
(1) Exkurs: Analyse zur Identifizierung des Teilbetriebsverständnisses	222
(a) Vorüberlegung .....	222
(b) Einheitliches vs. gespaltenes Teilbetriebsverständnis .....	223
(2) Analyse anhand einer Gegenüberstellung des nationalen und des europäischen Teilbetriebsbegriffs .....	230
(a) Vorüberlegung .....	230
(b) „Gewisse Selbstständigkeit“ vs. „selbstständiger“ Betrieb ..	232
(c) „Für sich alleine lebensfähig“ vs. „aus eigenen Mitteln funktionsfähige Einheit“ .....	233
(d) „Organisch geschlossener Teil“ vs. Selbstständigkeit „in organisatorischer Hinsicht“ .....	235
(e) Nationales Verständnis der „Merkmale eines Betriebs“ vs. „Betrieb“ nach europäischem Verständnis .....	237
(f) Weitere Spezifika des nationalen und des europäischen Teilbetriebsverständnisses .....	238
(g) Zu übertragender Teilbetriebsumfang .....	240
(aa) Anforderungen nach nationalem Verständnis .....	240
(bb) Auffassung der Finanzverwaltung .....	241

(cc) Anforderungen nach europäischem Verständnis . . . . .	243
(dd) Implikationen der europäischen Anforderungen und Abgrenzung . . . . .	244
(ee) Bedeutung für die Ausführungen des UmwStE . . . . .	247
(h) Anforderungen hinsichtlich der Form der Teilbetriebs- übertragung . . . . .	249
(i) Maßgeblicher Zeitpunkt der Konstituierung des Teilbetriebes	250
(aa) Anforderungen des nationalen Verständnisses und Auffas- sung im UmwStE . . . . .	250
(bb) Anforderungen des europäischen Verständnisses . . . . .	252
(cc) Würdigung . . . . .	252
(j) Maßgebliche Perspektive zur Beurteilung der Kriterien . . . . .	254
(3) Analyse zur Bedeutung des doppelten Teilbetriebserfordernisses und des Ausschließlichkeitserfordernisses . . . . .	256
(a) Vorüberlegungen . . . . .	256
(b) Wortlaut . . . . .	257
(c) Gesetzeshistorie . . . . .	258
(d) Unionsrechtliche Implikationen . . . . .	259
(e) Sinn und Zweck . . . . .	260
(f) Implikationen durch die Rechtsprechung . . . . .	261
(g) Betriebswirtschaftliche und ökonomische Implikationen . . . . .	261
cc) Ergebnis . . . . .	263
(1) Konkretisierung des anzuwendenden Teilbetriebsverständnisses . . . . .	263
(2) Implikationen für das Ausschließlichkeitserfordernis . . . . .	265
(3) Implikationen aus der Gegenüberstellung des nationalen und des europäischen Verständnisses . . . . .	266
b) Ausschluss des Bewertungswahlrechtes in § 11 Abs. 2 UmwStG durch die Tatbestände des § 15 Abs. 2 UmwStG . . . . .	268
aa) Konzeptioneller Überblick über die Vorschriften des § 15 Abs. 2 UmwStG . . . . .	268
bb) Identifizierung der zu untersuchenden Spannungsfelder bezüglich § 15 Abs. 2 UmwStG . . . . .	270
cc) Analyse der identifizierten Spannungsfelder zu § 15 Abs. 2 UmwStG	270
(1) Analyse der Rahmenbedingungen zum schädlichen Erwerb oder Aufstockung fiktiver Teilbetriebe nach § 15 Abs. 2 Satz 1 UmwStG . . . . .	270
(a) Vorüberlegung . . . . .	270
(b) Rechtsfolge . . . . .	272
(c) Dreijahreszeitraum . . . . .	274
(d) Aufstockung oder Erwerb . . . . .	275

(e) Übertragungsvorgang	279
(f) Bedeutung der Regelungen	280
(2) Analyse der Rahmenbedingungen zur Veräußerung an außenstehende Personen nach § 15 Abs. 2 Satz 2 bis 4 UmwStG	280
(a) Vorüberlegung	280
(b) Vollzug der Veräußerung nach § 15 Abs. 2 Satz 2 UmwStG	281
(c) Veräußerungen im Sinne von § 15 Abs. 2 Satz 2–4 UmwStG	285
(d) Außenstehende Personen	286
(e) Nachspaltungsveräußerungssperre	289
(f) 20 %-Quote gemäß § 15 Abs. 2 Satz 4 UmwStG	294
(g) Fünfjahreszeitraum	296
(3) Analyse der Rahmenbedingungen bezüglich Vorbesitzzeiten bei der Trennung von Gesellschafterstämmen nach § 15 Abs. 2 Satz 5 UmwStG	297
(4) Analyse der Missbrauchsregelungen des § 15 Abs. 2 UmwStG im Lichte des Unionsrechts	299
(a) Vorüberlegungen	299
(b) Unionsrechtliche Würdigung	300
(c) Aufstockung oder Anschaffung fiktiver Teilbetriebe im Lichte des Unionsrechts	302
(d) Schädliche Veräußerungen an außenstehende Personen gemäß § 15 Abs. 2 Satz 2–4 UmwStG im Lichte des Unionsrechts	303
(e) Trennung von Gesellschafterstämmen im Lichte des Unionsrechts	306
(5) Ergebnis	307
II. Untersuchung der steuerlichen Rückwirkung nach § 2 UmwStG	309
1. Regelungsgehalt und konzeptioneller Überblick zu § 2 UmwStG	309
a) Überblick über die steuerliche Rückbeziehung und ihre Einschränkung	309
b) Besondere Bestimmungen zum Verlustnutzungspotenzial im Rückwirkungszeitraum	314
c) Neue verschärfende Einschränkung der Übertragung stiller Lasten durch § 2 Abs. 5 UmwStG	315
aa) Konzeptioneller Überblick	315
bb) Implikationen der Regelung	316
2. Identifizierung und Analyse der zu untersuchenden Spannungsfelder zur Rückwirkung im internationalen Kontext	318
a) Identifizierung zu untersuchender Spannungsfelder bei der Versagung der steuerlichen Rückbeziehung im internationalen Kontext	318
b) Analyse der identifizierten Spannungsfelder	319
aa) Analyse der Rahmenbedingungen	319

bb) Analyse der Rechtsfolgen .....	322
(1) Hinausauf- oder -absplaltung .....	322
(2) Keine Verhinderung einer Doppelbesteuerung .....	326
(3) Hereinauf- oder -absplaltung .....	326
(4) Unionsrechtliche Implikationen .....	327
c) Ergebnis .....	329
III. Untersuchung der entsprechenden Anwendung der Regelungen zur Verschmelzung – §§ 11–13 UmwStG .....	329
1. Regelungsgehalt und konzeptioneller Überblick zur steuerlichen Behandlung der Beteiligten .....	329
a) Behandlung der übertragenden Gesellschaft – § 11 UmwStG .....	329
b) Behandlung der übernehmenden Gesellschaft nach § 12 UmwStG .....	331
c) Behandlung auf Ebene der Gesellschafter durch § 13 UmwStG .....	332
2. Identifizierung und Analyse zu untersuchender Spannungsfelder auf Ebene der Überträgerin .....	335
a) Identifizierung und Analyse der Rahmenbedingungen des § 11 UmwStG .....	335
aa) Steuerbilanzielle Rahmenbedingungen .....	335
bb) Wertansatz des zu übertragenden Vermögens und die steuerlichen Folgen .....	339
(1) Grundsatz: gemeiner Wert .....	339
(2) Spezifika im Zuge der Auf- und Abspaltung .....	344
(3) Übertragungsergebnis .....	345
(4) Rahmenbedingungen für das Bewertungswahlrecht .....	347
(a) Voraussetzungen für den Buch- oder Zwischenwert .....	347
(aa) Keine Körperschaftsteuerbefreiung .....	347
(bb) Kein Ausschluss und keine Beschränkung des Besteuerungsrechtes .....	348
(cc) Keine schädlichen sonstigen Gegenleistungen .....	349
(dd) Besonderheiten Antragstellung .....	350
(b) Konkretisierung des Zwischen- und Buchwertes .....	351
(c) Spaltungsspezifische Besonderheiten durch das Teilbetriebskriterium .....	352
(5) Besonderheiten bei Abwärtsauf- oder -absplaltungen .....	354
(6) Anrechnung einer fiktiven ausländischen Steuer im internationalen Kontext durch Verweis auf § 3 Abs. 3 UmwStG .....	355
b) Entstrickungsbesteuerung durch Ausschluss oder Beschränkung des Besteuerungsrechtes .....	356
aa) Identifizierung zu untersuchender Spannungsfelder zur Entstrickung .....	356
bb) Analyse identifizierter Spannungsfelder der Entstrickung .....	357

(1) Rahmenbedingungen und Implikationen der Entstrickungsregelungen	357
(a) Einordnung der Entstrickung	357
(b) Entwicklung der Entstrickungsbesteuerung	358
(c) Regelungskatalog der Entstrickung	359
(d) Weitere Rechtsprechung des BFH	361
(e) Zuordnungsänderung zur ausländischen Betriebsstätte als Regelbeispiel	362
(2) Zur Wirksamkeit der Entstrickungsregelungen	363
(3) Entstrickungstatbestände bei Auf- oder Abspaltungen und Einordnung des § 11 Abs. 2 UmwStG	364
(a) Konkretisierung des Ausschlusses oder der Beschränkung des Besteuerungsrechts	364
(b) Entstrickungssachverhalte bei der Hinausspaltung	367
(c) Abgrenzung der relevanten Entstrickungsregelungen	369
(4) Implikationen durch den <i>Authorized OECD-Approach</i>	375
(a) Der <i>Authorized OECD-Approach</i>	375
(b) AOA und seine Auswirkung auf die Entstrickung	379
(aa) Rechtslage ohne AOA	379
(bb) Rechtslage mit AOA	382
(5) Unionsrechtliche Betrachtung	384
(a) Primärrechtliche Aspekte	384
(b) Sekundärrechtliche Aspekte	385
(6) Relevante Ausgestaltung der Entstrickungsregelungen vor und nach dem ATAD-Umsetzungsgesetz	390
(7) Ergebnis	391
(a) Reformierende Überlegungen anhand analysierter steuerlicher und ökonomischer Implikationen	391
(b) Schlussfolgerungen	396
3. Identifizierung und Analyse der zu untersuchenden Spannungsfelder auf Ebene der Übernehmerin	397
a) Identifizierung und Analyse der Rahmenbedingungen des § 12 UmwStG	397
aa) Wertverknüpfung	397
bb) Übernahmeergebnismittlung	399
cc) Besondere Regelungen zur Aufwärtsauf- oder -abspaltung	402
dd) Eintritt in die steuerliche Rechtsstellung der übertragenden Kapitalgesellschaft	404
ee) Konfusionsgewinn	407
b) Verstrickungssachverhalte	408
aa) Identifizierung zu untersuchender Spannungsfelder der Verstrickung	408

bb) Analyse identifizierter Spannungsfelder zur Verstrickung .....	409
(1) Verstrickungssachverhalte bei der Hereinspaltung .....	409
(2) Rechtslage zur Verstrickung vor der ATAD und ATAD-Umsetzung .....	410
(3) Implikationen durch die ATAD und das ATAD-Umsetzungsgesetz .....	412
c) Ergebnis .....	414
4. Identifizierung und Analyse zu untersuchender Spannungsfelder auf Ebene der Anteilseigner .....	415
a) Identifizierung zu untersuchender Spannungsfelder .....	415
b) Analyse der Implikationen des § 13 UmwStG für die Anteilseigner .....	415
c) Analyse zur Steuerneutralität auf Ebene der Anteilseigner .....	417
d) Ergebnis .....	420
<b>F. Fazit .....</b>	<b>422</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>430</b>
<b>Rechtsprechungsverzeichnis .....</b>	<b>476</b>
<b>Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen .....</b>	<b>486</b>
<b>Verzeichnis der Gesetzesmaterialien .....</b>	<b>487</b>
<b>Sonstige Dokumentationen und Internetquellen .....</b>	<b>490</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>494</b>

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle E.1: Ermittlung Übertragungsgewinn .....	345
Tabelle E.2: Ermittlung Übernahmeergebnis .....	399

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung A.1: Struktur der Untersuchungen in Kapitel D. und E. ....	32
Abbildung B.1: Einordnung und Berücksichtigung der Implikationen der rechtlichen und ökonomischen Fundierung .....	98
Abbildung C.1: Grundstruktur Aufspaltung .....	117
Abbildung C.2: Grundstruktur Abspaltung .....	118
Abbildung C.3: Einordnung Umstrukturierung und Umwandlung anhand des deutschen Rechts .....	134
Abbildung C.4: Einordnung und Abgrenzung der Fallgruppen .....	144
Abbildung C.5: Begriffliche Einordnung der Spaltung im grenzüberschreitenden Kontext .....	146
Abbildung E.1: Gegenüberstellung der Teilbetriebsbegriffe als Grundlage für die Analyse	231
Abbildung E.2: Teilbetriebsumfang nach Auffassung Finanzverwaltung .....	242
Abbildung E.3: Übersicht steuerliche Rückwirkung .....	312
Abbildung E.4: Potenzielle Nichtbesteuerung bei Hinausaufspaltung .....	323
Abbildung E.5: Ziel des § 2 Abs. 3 UmwStG .....	323

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Auffassung
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AbzStEntModG	Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetzes
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
AmtshilfeRLUmsG	Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften – Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AOA	Authorized OECD-Approach
Art.	Artikel
AStG	Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen (Außensteuergesetz)
ATAD	Anti Tax Avoidance Directive
ATADUmsG	Gesetz zur Umsetzung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BeckOK	Beck'sche Online-Kommentar
BEFIT	Business in Europe: Framework for Income Taxation
BEPS	Base Erosion and Profit Shifting
ber.	berichtigt
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofes, die nicht in der amtlichen Sammlung (BFHE) erschienen sind (Zeitschrift)
BFHE	amtliche Sammlung der Entscheidungen des BFH (Zeitschrift)
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BIT	Bulletin for International Taxation (Zeitschrift)
BMF	Bundesministerium der Finanzen

BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BsGaV	Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung
bspw.	beispielsweise
BStBK	Bundessteuerberaterkammer
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CDFI	Cahiers de droit fiscal international (Zeitschrift)
CJWB	Columbia Journal of World Business (Zeitschrift)
d. h.	das heißt
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DGB	deutscher Gewerkschaftsbund
Diss.	Dissertation
DK	Der Konzern (Zeitschrift)
DM-BilG	Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRK	Deutsches Steuerrecht kurzgefasst (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)
EBIT-DA	Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
ECJ	European Court of Justice
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft
EP	Economics and Philosophy (Zeitschrift)
EstB	Ertrag-Steuerberater (Zeitschrift)
EstG	Einkommensteuergesetz
EstR	Einkommensteuer-Richtlinien
ET	European Taxation (Zeitschrift)
et. al.	et alii
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-Kom.	Europäische Kommission
EUV	Vertrag über die europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
ex	ehemalige(r)

EY	Ernst & Young
f./ff.	folgende
FA	FinanzArchiv (Zeitschrift)/Finanzamt
FB	Finanz-Betrieb (Zeitschrift)
FG	Finanzgericht/Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinBeh	Finanzbehörde
FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FRL	Fusionsrichtlinie
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
geb.	Geborene
GenG	Genossenschaftsgesetz
GesRuaCOVBekG	Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GmbH-StB	Der GmbH-Steuer-Berater (Zeitschrift)
GrS	Großer Senat (des BFH)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h. M.	herrschende Meinung
Habil.-Schrift	Habilitationsschrift
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Habsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IFA	International Fiscal Association
IFSt	Institut für Finanzen und Steuern
Intertax	International Tax Review (Zeitschrift)
IPrax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ISR	Internationale Steuer-Rundschau (Zeitschrift)
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
IWB	Internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)

JStG	Jahressteuergesetz
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
KapErhG	Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Verschmelzung von GmbH
KapG	Kapitalgesellschaft
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KWG	Kreditwesengesetz
lit.	littera
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MgFSG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitendem Formwechsel und grenzüberschreitender Spaltung
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
MK	Musterkommentar
MLI	Multilaterale Instrument
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MoPeG	Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
MTRL	Mutter-Tochter-Richtlinie
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NTJ	National Tax Journal (Zeitschrift)
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe Steuer- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD-MA	Musterabkommen der Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD-MK	Musterkommentar zum Musterabkommen der Organisation for Economic Co-operation and Development
OFD	Oberfinanzdirektion
OLG	Oberlandesgericht
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung (Zeitschrift)
PWC	PricewaterhouseCoopers
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
RStBl	Reichssteuerblatt
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SCE	Societas Cooperativa Europaea
SE	Societas Europaea

SEStEG	Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
SE-VO	SE-Verordnung
Slg.	Sammlung
SpTrUG	Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen
StÄnd-AnpG-Kroatien	Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt (Zeitschrift)
StuB	Unternehmenssteuern und Bilanzen (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
Sublit.	sublittera
SWI	Steuer und Wirtschaft International (Zeitschrift)
Tz.	Textziffer
u. a.	unter anderem
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
UmRMitbestG	Gesetz zur Umsetzung der Bestimmungen der Umwandlungsrichtlinie über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen
UmRUG	(Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Gesetze“
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwGÄndG	Zweites Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes
UmwStE	Umwandlungssteuererlass
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
Unterabs.	Unterabsatz
USA	United States of America
v.	vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Vol.	Volume
VWG BsGa	Verwaltungsgrundsätze Betriebsstättengewinnaufteilung
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WpIG	Wertpapierinstitutsgesetz
WTJ	World Tax Journal (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZAG	Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz
ZSteu	Zeitschrift für Steuern & Recht
zugl.	zugelassene

## A. Problemstellung, methodische Einordnung und Gang der Untersuchung

### I. Problemstellung

Sich ändernde Rahmenbedingungen – insbesondere die Veränderung von Technologien, Märkten und rechtlichen Gegebenheiten, strategische Neuorientierungen und die Reorganisation von Verantwortungsbereichen – erfordern regelmäßig eine Anpassung von Unternehmensstrukturen.<sup>1</sup> Nicht zuletzt, da die betriebswirtschaftlichen Organisationsstrukturen und die rechtlichen Unternehmensstrukturen nachweislich in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen und Markt- sowie Umweltgegebenheiten auf die Effizienz von Unternehmensorganisationen einwirken,<sup>2</sup> stellt die rechtliche Umgestaltung der Unternehmensstruktur wie etwa durch die Auf- und Abspaltung ein wichtiges Instrument zur Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen dar.<sup>3</sup> Die Bedeutung solcher Maßnahmen ist hinsichtlich der weltweiten Vernetzung<sup>4</sup> von Unternehmen, ihrer internationalisierten Wirtschaftstätigkeit sowie der dynamischen Komplexität eines globalen Umfelds ebenfalls im grenzüberschreitenden Kontext evident. Auch im EU-Binnenmarkt<sup>5</sup> mit seinem freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr und vor dem Hintergrund der durch ihn u. a. bezweckten effizienten Ressourcenallokation<sup>6</sup> sind solche Instrumente einschließlich grenzüberschreitender Spaltungen<sup>7</sup> zur Neustrukturierung von international aufgestellten Unternehmen von großer Bedeutung.

---

<sup>1</sup> Vgl. Förster, DStR 2020, S. 865 (S. 865); Fehling, Kapitel 16 Fusionsrichtlinie, in: Schaumburg/Englisch (Hrsg.), Europäisches Steuerrecht, 2. Aufl., 2019, Rz. 16.2, 16.3; Förster, BFuP 2014, S. 1 (S. 1).

<sup>2</sup> Vgl. Limmer, Teil 1 Kapitel 2 Grundfragen des Umwandlungsrechts in der Praxis – Überblick, in: Limmer (Hrsg.), Handbuch der Unternehmensumwandlung, 6. Aufl., 2019, Rz. 141 f., 144.

<sup>3</sup> Vgl. Kap. C. II.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu die Darstellung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Entwicklung grenzüberschreitender Investitionen, globaler Wertschöpfungsketten und des internationalen Handels mit schwerpunktmäßigem Blick auf die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren bis 2019, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2019/12/kapitel-1-3-weltwirtschaft-im-wandel.html>.

<sup>5</sup> Vgl. Art. 26 AEUV zum Auftrag zur Gestaltung des Binnenmarktes in der EU und zu dem dadurch gewährleisteten freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen.

<sup>6</sup> Vgl. zum Binnenmarkt und seinen Zielen einschließlich der effizienten Ressourcenallokation Spengel/Wendt, StuW 2007, S. 297 (S. 298).

<sup>7</sup> Vgl. die Bedeutung von grenzüberschreitenden Spaltungen schon betonend Momen, Steuerneutralität grenzüberschreitender Spaltungen von Kapitalgesellschaften im deutschen Ertragsteuerrecht, 1997, S. 3; Herzig, Besteuerung der Spaltung von Kapitalgesellschaften 1992, S. 36 ff.; Herzig/Förster, BB 1992, S. 1251 (S. 1251).

Auf- und Abspaltungen führen steuerlich grundsätzlich zu einer Gewinnrealisierung mit belastenden Steuerfolgen, obgleich i. d. R. kein Zufluss an liquiden Mitteln generiert wird.<sup>8</sup> Es besteht die Gefahr, dass Umwandlungen als Teil des betriebswirtschaftlich sinnvollen und angezeigten Handelns einer Gesellschaft aufgrund von steuerinduzierten Kosten praktisch verhindert werden.<sup>9</sup> Durch das UmwStG kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Gewinnrealisierung und damit eine sofortige Aufdeckung und Besteuerung der stillen Reserven vor allem durch den Ansatz der Wirtschaftsgüter zum Buchwert verhindert werden. Somit dient das UmwStG mit dieser Möglichkeit zur Steuerneutralität letztendlich dem ökonomisch formulierten Anspruch auf Flexibilität hinsichtlich der Größe und Rechtsform von Unternehmen.<sup>10</sup>

Für die zivilrechtliche Durchführung einer grenzüberschreitenden Spaltung von Kapitalgesellschaften innerhalb der EU fehlte es in der Vergangenheit an einem Rechtsrahmen. Allerdings wurde nicht nur durch die Europäische Kommission anerkannt, dass durch ein Verfahren zur grenzüberschreitenden Spaltung Kosten gesenkt werden könnten.<sup>11</sup> Sondern auch im Rahmen einer durchgeführten öffentlichen Konsultation befürworteten die Adressaten überwiegend eine rechtliche Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Spaltung.<sup>12</sup> Durch die aus diesen und weitergehenden Entwicklungen<sup>13</sup> in der EU hervorgegangene und am 01. 01. 2020 in Kraft getretene Umwandlungsrichtlinie<sup>14</sup> bzw. Mobilitätsrichtlinie<sup>15</sup> zur Änderung der

---

<sup>8</sup> Vgl. Kap. C. III. 3. b).

<sup>9</sup> Vgl. *Lüttge*, NJW 1995, S. 417 (S. 418).

<sup>10</sup> Vgl. *Sagasser*, § 4. Ziele des Umwandlungssteuerrechts, in: *Sagasser/Bula/Brünger* (Hrsg.), *Umwandlungen*, 5. Aufl., 2017, Rz. 1.

<sup>11</sup> Vgl. EU-Kom. v. 25. 04. 2018, COM(2018) 241 final, S. 24f. – *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen*.

<sup>12</sup> Vgl. *Schmidt*, Cross-border mergers and divisions, transfers of seat: Is there a need to legislate? (Gibt es Regelungsbedarf im Bereich der grenzüberschreitenden Verschmelzungen, Spaltungen und Sitzverlegungen?) Studie für den Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments, Juni 2016, [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL\\_STU\(2016\)556960](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2016)556960). *Reynolds/Scherrer/Truli*, Ex-post analysis of the EU framework in the area of cross-border mergers and divisions (Ex-post-Bewertung des EU-Rechtsrahmens im Bereich der grenzüberschreitenden Verschmelzungen und Spaltungen), Studie für das Europäische Parlament, Dezember 2016, [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS\\_STU\(2016\)593796](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU(2016)593796) und EU-Kom. v. 25. 04. 2018, COM(2018) 241 final, S. 18f. – *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen*.

<sup>13</sup> Vgl. zu den ersten Schritten des Entstehungsprozesses der Umwandlungsrichtlinie *Luter/Bayer/Schmidt*, *Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht*, 6. Aufl., 2017, S. 144 ff.

<sup>14</sup> Vgl. insbesondere Art. 5, 4, 160b RL 2019/2121/EU v. 27. 11. 2019, ABl. L 321 v. 12. 12. 2019, S. 1, korrigiert durch die Berichtigung in ABl. L 20/24 v. 24. 01. 2020. Auf die Berichtigung wird aufgrund des hier vorliegenden Verweises im Folgenden nicht rekuriert.

<sup>15</sup> Vgl. RL 2019/2121/EU v. 27. 11. 2019, ABl. L 321 v. 12. 12. 2019, S. 1.

Gesellschaftsrechtsrichtlinie<sup>16</sup> wird zumindest für die Spaltung zur Neugründung der Weg rechtlich geebnet. Im Lichte des grundfreiheitlichen Schutzes in der EU und der partiell überschießenden nationalen Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie kommt jedoch auch der Spaltung zur Aufnahme Bedeutung zu. Nicht zuletzt angesichts dieser Dynamik verdient zudem die steuerliche Behandlung dieser Vorgänge eine besondere Betrachtung. Das UmwStG hat bereits durch das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG)<sup>17</sup> sowie in weiteren Vorstößen<sup>18</sup> eine gewisse Internationalisierung erfahren. Seine Anwendbarkeit und damit die Möglichkeit zur Steuerneutralität ist jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen sichergestellt.

Auch aufgrund der Komplexität grenzüberschreitender Auf- und Abspaltungen ergeben sich zahlreiche ungeklärte Problembereiche bezüglich der rechtssicheren und steuerneutralen Durchführung. Ziel dieser Arbeit ist es, die umwandlungssteuerliche Behandlung der Auf- und Abspaltung von Kapitalgesellschaft in der EU einer systematischen Untersuchung zu unterziehen. Dabei werden ausgewählte und grundlegende Problembereiche des UmwStG mit Fokus auf die Vermeidung der Aufdeckung stiller Reserven identifiziert. Diese Spannungsfelder werden einer Analyse unterzogen, um kritische Aspekte sowie mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen und weiterzuentwickeln. Weitere gesetzliche Rahmenbedingungen des UmwStG, die den Forschungsgegenstand betreffen, finden zur Vollständigkeit und soweit zielführend in der systematischen Aufbereitung der Regelungen Berücksichtigung. Mit Blick auf den Anwendungsbereich des UmwStG sollen auch relevante zivilrechtliche Implikationen hinsichtlich des grundfreiheitlichen Schutzes, der eingeführten Umwandlungsrichtlinie und aktuelle, bereits abgeschlossene steuerliche Entwicklungen detailliert untersucht werden. Weitere spezielle Themenkomplexe können und sollen angesichts ihres individuell besonderen Charakters und der teilweise noch nicht abgeschlossenen Prozesse keine Berücksichtigung finden. Ausgenommen sind vornehmlich Besonderheiten digitaler Geschäftsmodelle, Dreieckssachverhalte sowie die Hinzurechnungsbesteuerung.

---

<sup>16</sup> Vgl. EU-Kom. v. 25.04.2018, COM(2018) 241 final – *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen*. In RL 2017/1132/EU v. 14.06.2017, ABl. L 169 v. 30.06.2017, S. 46, geändert durch (RL 2019/1023/EU) v. 20.06.2019, ABl. L 172 v. 26.06.2019, S. 18; (RL 2019/1151/EU) v. 20.06.2019, ABl. L 186 v. 11.07.2019, S. 80; (RL 2019/2121/EU) v. 27.11.2019, ABl. L 321 v. 12.12.2019, S. 1 wurden die Publizitätsrichtlinie, die Kapitalrichtlinie, die Zweigniederlassungsrichtlinie, die Verschmelzungsrichtlinie, die Richtlinie über grenzüberschreitende Verschmelzungen und die Spaltungsrichtlinie zusammengefasst.

<sup>17</sup> Vgl. SEStEG v. 07.12.2006, BGBl. I 2006, S. 2782; ber. BGBl. I 2007, S. 68.

<sup>18</sup> Vgl. zur Streichung von § 1 Abs. 2 UmwStG und dessen Einschränkung auf die EU bzw. den EWR Kap. D.I.3.